

20.11.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Einzelplan 07- Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und
Integration

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Bastian Hartmann

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 16.11.2023/Ausgegeben: 21.11.2023

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

- | | |
|--|-----------------|
| - Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Vorlage 18/1916 |
| - Ausschuss für Gleichstellung und Frauen | Vorlage 18/1918 |

und vom

- | | |
|-------------------------|-----------------|
| - Integrationsausschuss | Vorlage 18/1906 |
|-------------------------|-----------------|

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 18/1450 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend lag zusätzlich die Vorlage 18/1802 vor. Im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen lagen ferner die Vorlagen 18/1638 und 18/1734 vor. Im Integrationsausschuss lag zusätzlich die Vorlage 18/1667 vor.

- a) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 7. September 2023 beraten und am 9. November 2023 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen drei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, sieben Änderungsanträge der Fraktion der FDP und ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP zur Abstimmung vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat am 7. September 2023 und 19. Oktober 2023 beraten und am 9. November 2023 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde hierbei mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- c) Der Integrationsausschuss hat in seinen Sitzungen am 30. August 2023 und 27. September 2023 beraten und am 8. November 2023 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 18/361 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 14. November 2023 abgegeben. Personalrelevante Änderungsanträge zu Einzelplan 07 wurden dort nicht zur Abstimmung gestellt. Der Bericht über das Ergebnis der Beratungen findet sich in der Vorlage 18/1929.

Der Personaletat zum Einzelplan 07 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/6820 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus der Drucksache 18/6800.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 16. November 2023 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD vor. Das jeweilige Abstimmungsverhalten und -ergebnis ergeben sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen**.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Anpassung der Erläuterungen:</p> <p>Die Nr. 6 wird gestrichen</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>In kommenden Haushaltsjahr ist kein Familienfest geplant, allerdings sind Kosten für die Planung eingestellt, diese sind in Anbetracht der aktuellen Haushaltslage freizugeben und für andere Dinge zu nutzen.</p>	<p>Votum AFKJ: abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP ja AfD ja</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfe, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 2.985.900 Euro</td> <td>2.885.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 442.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.543.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel für Queerpolitik und Diversity Management mit Fokus auf LSBTIQ* i.H.v. 342.500 und für das Familienfest NRW i.H.v. 100.000 Euro. Die vorherigen Punkte Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit und Politik für LSBTIQ wurden im Punkt 4. Queerpolitik und Diversity Management mit dem Fokus auf LSBTIQ zusammengeführt. Gefördert werden weiterhin die Allianz für Vielfalt, die damit betraut ist, in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts des bereits bestehenden massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung von Arbeitnehmern leisten. Für das Haushaltsjahr 2024 ist kein Familienfest geplant, somit die Mittel ebenfalls zu streichen.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 2.985.900 Euro	2.885.900 Euro	um 442.500 Euro		auf 2.543.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 2.985.900 Euro	2.885.900 Euro																				
um 442.500 Euro																					
auf 2.543.400 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 60 Betrugsbekämpfungsstelle - Unterhaltsleistungen</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Neue Titelgruppe</p> <p>HH 2024 Ansatz lt. HH 2023 von - Euro - um 120.000 Euro auf 120.000 Euro</p> <p>Schaffung von Planstellen</p> <p>Von - Bes. Gr. A 9 Regierungsinspektor</p> <p>Um 1 Bes. Gr. A 9 Regierungsinspektor</p> <p>Auf 1 Bes. Gr. R 9 Regierungsinspektor</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

	<p>Von - Bes. Gr. A 14 Oberregierungsrat</p> <p>Um 1 Bes. Gr. A 14 Oberregierungsrat</p> <p>Auf 1 Bes. Gr. R 14 Oberregierungsrat</p> <p>Begründung: Die Anzahl der Betrugsfälle bei Sozialleistungen nimmt in den vergangenen Jahren immer weiter zu. In Anbetracht der immensen Summe des Titels ist auch hier mit Betrugsversuchen zu rechnen. Wir fordern daher die Schaffung einer besonderen Betrugsverfolgungsstelle im Ministerium, die sich mit der Aufklärung von Betrugsfällen bei Unterhaltsvorschüssen befasst.</p>	
--	---	--

		Gesonderte Familienberatungsangebote für Flüchtlingsfamilien gilt es ebenfalls zu streichen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik Punkt 16a Familienerholung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 3.403.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.097.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Insbesondere nach den letzten müssen einkommensschwache Familien unterstützt werden. Für das Jahr 2023 waren Mittel i.H.v. 4.5 Millionen Euro vorgesehen, diese reichen nach der Kalkulation des Ministeriums für etwa 2000 Familien. Mitte dieses Jahres lagen allerdings bereits 4500 Anträge von interessierten Familien vor. Eine Kürzung der Mittel ist nicht begründbar, weshalb diese aufrechterhalten werden sollen.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 3.403.000 Euro	4.500.000 Euro	um 1.097.000 Euro		auf 4.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 3.403.000 Euro	4.500.000 Euro																				
um 1.097.000 Euro																					
auf 4.500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 75 Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle. Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 3.215.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.577.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.715.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Streichung der Mittel zur Förderung der Selbsthilfe und der psychosozialen Arbeit in Höhe von 2.715.800 Euro. Zudem wird durch diese Mittel die Meldestelle zu queerfeindlichen Vorfällen finanziert. Da homosexuelle Menschen immer öfter Opfer von Gewalt werden, sind die restlichen 500.000 Euro für Projekten gegen Gewalttaten zu verwenden.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 3.215.800 Euro	2.577.400 Euro	um 2.715.800 Euro		auf 500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 3.215.800 Euro	2.577.400 Euro																				
um 2.715.800 Euro																					
auf 500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 547 30 Geschäftsstelle LEB</p> <p>Anbringung eines neuen Baransatzes von 120.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Schaffung und Ausbau einer Geschäftsstelle für den Landeselternbeirat NRW.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titel 633 16 Zuschüsse für Familienzentren nach dem KiBiz</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 75.976.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">69.858.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.117.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 68.500.250 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Mit der Mittelerrhöhung sollen zusätzlich 150 neue Familienzentren gefördert werden. Das Land gewährt dem Jugendamt für jedes vom Land anerkannte Familienzentrum 21.077 Euro. Der reduzierte Ansatz i.H.v. 68.500.250 Euro ist somit ausreichend für die Förderung der bereits bestehenden und den zusätzlichen 150 Familienzentren in NRW. Perspektivisch gilt es den weiteren Ausbau von Familienzentren einzudämmen. Schulen und Kitas sollen ein Ort der Betreuung, Erziehung und Bildung sein; kein gesellschaftlicher Reparaturbetrieb.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 75.976.000 Euro	69.858.600 Euro	um 6.117.400 Euro		auf 68.500.250 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 75.976.000 Euro	69.858.600 Euro																				
um 6.117.400 Euro																					
auf 68.500.250 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 95.575.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">96.149.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 652.843 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 94.922.757 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Wir fordern eine Absenkung des Baransatzes, da die Titelgruppe insgesamt laut Haushaltsentwurf 2024 geschrumpft ist, dennoch die Programme für LSBTIQ* erhöht wurden. Wir könne hier keine gestiegenen Bedarfe erkennen und fordern daher zumindest das Zurücksetzen auf das Niveau des Vorjahres.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 95.575.600 Euro	96.149.500 Euro	um 652.843 Euro		auf 94.922.757 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 95.575.600 Euro	96.149.500 Euro																				
um 652.843 Euro																					
auf 94.922.757 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 70 Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention Titel 633 70 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.716.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">14.104.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">414.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.130.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Gerade bei der Frage der Prävention von Kinder- und Jugendarmut kann es keine höhere Priorität im Haushalt geben.</p>		2024	Ansatz lt. HH 2023	von	13.716.100 Euro	14.104.700 Euro	um	414.200 Euro		auf	14.130.300 Euro		<p>Votum AFKJ: abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	Enth.
	2024	Ansatz lt. HH 2023																																	
von	13.716.100 Euro	14.104.700 Euro																																	
um	414.200 Euro																																		
auf	14.130.300 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
Grüne	nein																																		
FDP	ja																																		
AfD	ja																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
Grüne	nein																																		
FDP	ja																																		
AfD	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung</p> <p>Titel 633 80 Zuweisung an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 10.704.500 Euro</td> <td>15.475.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.956.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 13.660.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kindertageseinrichtungen sind immer häufiger von Personalmangel, Schließungen und verkürzten Betreuungszeiten betroffen. Die Zahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr teilweise fast verdoppelt. Erzieher arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. In dieser Situationen im Haushaltsplan NRW für das Jahr 2024 fast drei Millionen Euro für die Ausbildungsoffensive in der Kindertagesbetreuung zu streichen, ist unverantwortlich. Deshalb gilt es die Mittel aufzustocken.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 10.704.500 Euro	15.475.000 Euro	um 2.956.100 Euro		auf 13.660.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 10.704.500 Euro	15.475.000 Euro																				
um 2.956.100 Euro																					
auf 13.660.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 33.181.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">33.481.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 33.481.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Schutz von gewaltbetroffenen Frauen muss für das Land Nordrhein-Westfalen eine hohe Priorität haben. Es fehlen immer noch Frauenhausplätze. Die Finanzierung des Angebots durch die Träger bleibt weiter prekär. Die Gleichstellungsministerin hat angekündigt, weitere Frauenhausplätze in die Förderung aufnehmen zu wollen und die Förderpauschalen zu erhöhen. Betrachtet man zugleich die hohe Ausschöpfung der Titelgruppe 61 in den letzten Jahren, ist es fragwürdig, wie das mit einer Kürzung der Mittel im Haushalt 2024 vereinbar ist. Es ist unverständlich, dass 300.000 Euro aus der Titelgruppe gestrichen werden, um an anderer Stelle Prioritäten damit abzusichern.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 33.181.200 Euro	33.481.200 Euro	um 300.000 Euro		auf 33.481.200 Euro		<p>Votum AGF: abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																														
von 33.181.200 Euro	33.481.200 Euro																														
um 300.000 Euro																															
auf 33.481.200 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
GRÜNE	nein																														
FDP	ja																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
Grüne	nein																														
FDP	ja																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p style="padding-left: 40px;">2. Zuschüsse an die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel; gegen Zwangsheirat und Angebote im Bereich weibliche Genitalbeschneidung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 3.000.000 Euro</td> <td>2.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Phänomenbereiche Zwangsheirat, Vielehe, Kinderehe und Genitalverstümmelung werden laut Statistik zu einem immer größeren Problem. So steigen die Fallzahlen in Deutschland aufgrund der Migration immer weiter an. Ein Aufwuchs im Haushalt ist daher notwendig, um die betroffenen Frauen wirksam zu schützen und zu unterstützen. Daneben muss auch der neue kriminologische Phänomenbereich der Femizide und Ehrenmorde berücksichtigt werden.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 3.000.000 Euro	2.300.000 Euro	um 2.000.000 Euro		auf 5.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 3.000.000 Euro	2.300.000 Euro																				
um 2.000.000 Euro																					
auf 5.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

zum Haushaltsgesetz 2024

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p style="padding-left: 40px;">3. Umsetzung von Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Frauenunterstützungssystems zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 2.104.600 Euro um 1.000.000 Euro auf 3.104.600 Euro</p> <p style="padding-left: 40px;">Ansatz lt. HH 2023 3.104.600 Euro</p> <p>Begründung: Der Bedarf an Frauenhäusern und wirksamem Schutz vor Gewalt steigt stetig. Darüber hinaus hat die Migration ganz neue Gewaltphänomene und Schutzbedarfe auch innerhalb des Frauenunterstützungssystems aufkommen lassen. Wir fordern daher eine Anhebung der Maßnahme des Titels auf zumindest den Wert von 2023.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 547 12 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 2.801.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.801.700</td> </tr> <tr> <td>um 801.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die veranschlagten Mittel für die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ sind zu streichen. Ebenso sind die Maßnahmen im Bereich „Diversity“, welche die Landesregierung auf Nachfrage nicht näher definieren kann einzustellen. Auf diesem Weg lässt sich die Anhebung um 40 % zum Ist-Ergebnis im Haushaltsjahr 2021 (1.992.700 Euro) korrigieren.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 2.801.700 Euro	2.801.700	um 801.700 Euro		auf 2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 2.801.700 Euro	2.801.700																				
um 801.700 Euro																					
auf 2.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 633 67 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 112.710.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">110.910.500</td> </tr> <tr> <td>um 30.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 82.210.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Besetzung von 714 Personalstellen (a 57.000 Euro) beim Case-management sowie von 200 Personalstellen (a 50.000 Euro) zur Verstärkung der Integration ausländischer Menschen mit besonderer Integrationsleistung lässt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage nicht darstellen. Die Personalausgaben sind vor diesem Hintergrund um 50% zu reduzieren. Einen teilweisen Ausgleich soll es durch die Anhebung der Mittel für die Zentralen Ausländerbehörden geben.</p> <p>Die Zuweisungen an die Kommunen, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren (Haushaltsjahr 2023: 5.500.000 Euro) wurden in den Titel 633 67 verlagert. Wie aus der Antwort der Landesregierung aus den Fragen zum Haushalt hervorgeht, können keine konkreten Erfolge der Projekts benannt werden. Die weitere Förderung ist daher einzustellen.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 112.710.500 Euro	110.910.500	um 30.500.000 Euro		auf 82.210.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 112.710.500 Euro	110.910.500																				
um 30.500.000 Euro																					
auf 82.210.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

		<p>Der Ansatz Kommunen, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren, auf diesem Weg alleine finanziell zu unterstützen, ist gescheitert. Für das Förderprogramm werden auch die Zugangszahlen aus den EU-Staaten wie Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slovenien, Tschechien, Ungarn und Zypern berücksichtigt. Dieser verschleiende Ansatz wird der Problematik nicht gerecht. Durch Projekte wie „Sensibilisierung und Abbau von Vorurteilen in der Aufnahmegesellschaft“ oder „Antidiskriminierungsarbeit, insbesondere Bekämpfung von Antiziganismus“ innerhalb des Förderprogramms wird der unterstützende Ansatz verwässert. Die „Verbesserung der medizinischen Versorgung und Information über das Gesundheitswesen“ sollte insbesondere im Zusammenhang mit der qualifizierten Zuwanderung, im Rahmen der EU-Freizügigkeit keine staatliche Aufgabe sein, sondern der Eigenverantwortung unterliegen. Wichtiger ist es, zur Unterstützung und Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden die zentralen Ausländerbehörden finanziell und personell zu verstärken. Insbesondere ist hierbei im Bereich der Durchsetzung der Ausreisepflicht eine Aufgabenverlagerung von den kommunalen hin zu den zentralen Ausländerbehörden vorzunehmen. Das Ziel muss eine optimale Umsetzung des EU-Freizügigkeitsrechts auf kommunaler Ebene sein. Dazu zählt im Zweifel auch ein Entzug der EU-Freizügigkeit. Bedingt durch Personalengpässe in den kommunalen Ausländerbehörden ist in diesem Zusammenhang eine umfangreiche Prüfung im Einzelfall unmöglich.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter – Unterpunkt 1</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen; Unterpunkt 1: Zuschüsse an Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten (MSO)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 3.330.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.300.000</td> </tr> <tr> <td>um 630.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Verlagerung in den Haushaltstitel 684 67 wurden die Mittel für die MSO im Haushaltsjahr 2023 um 23 % angehoben. Eine Ausweitung der geförderten MSO ist in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht darstellbar und daher im Haushaltsjahr 2024 zurückzunehmen. Im Gegenzug ist die Anzahl der geförderten MSO entsprechend nach unten anzupassen.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 3.330.000 Euro	3.300.000	um 630.000 Euro		auf 2.700.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 3.330.000 Euro	3.300.000																				
um 630.000 Euro																					
auf 2.700.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen; Unterpunkt 2: Zuwendung zur institutionellen Förderung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMID)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 752.500 Euro</td> <td style="text-align: center;">730.500</td> </tr> <tr> <td>um 752.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Verlagerung in den Haushaltstitel 684 67 im Haushaltsjahr 2023 wurden die Mittel für das Dokumentationszentrum DOMID – zur Umsetzung eines neuen Ausstellungskonzepts – um 57 % angehoben. Zusätzlich gibt es aus zahlreichen andern Quellen eine finanzielle Förderung des DOMID (Stadt Köln, NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft, LVR, Kulturstiftung des Bundes, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Evonik). Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage sind daher in diesem Bereich Einsparungen vertretbar.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 752.500 Euro	730.500	um 752.500 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 752.500 Euro	730.500																				
um 752.500 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter – Unterpunkt 3</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen; Unterpunkt 3: Zuwendung zur institutionellen Förderung an den Förderverein des Landesintegrationsrats e.V. Düsseldorf</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2024</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 601.700 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">584.100</td> </tr> <tr> <td>um 601.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Verlagerung in den Haushaltstitel 684 67 im Haushaltsjahr 2023 wurden die Mittel für den Förderverein des Landesintegrationsrats um 24 % angehoben. Diese überproportionale Anhebung ist auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht darstellbar. Notwendige Ausgaben für den Förderverein des Landesintegrationsrats gem. Teilhabe- und Integrationsgesetz bzw. Gemeindeordnung NRW sollen zukünftig aus dem Titel 686 68 (Zuschüsse an Sonstige) erfolgen.</p>	2024		Ansatz lt. HH 2023	von 601.700 Euro		584.100	um 601.700 Euro			auf 0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024		Ansatz lt. HH 2023																							
von 601.700 Euro		584.100																							
um 601.700 Euro																									
auf 0 Euro																									
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 685 67 Zuschuss für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 891.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">865.000</td> </tr> <tr> <td>um 891.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Stiftung Zentrum für Türkeistudien erhält seit Jahren eine institutionelle Förderung des Landes NRW. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit keine Anstrengungen unternommen den Focus der Migrationsforschung auf einen anderen Themenschwerpunkt zu verlagern. Im Rahmen der Migrationsforschung mit dem Schwerpunkt „Türkeistudien“ besteht kein weiterer Forschungsbedarf. Die Landesregierung geht von neuen Forschungsaspekten im Bereich der Türkeistudien aus, ohne dies belegen zu können.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 891.000 Euro	865.000	um 891.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 891.000 Euro	865.000																				
um 891.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 67 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 19.973.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.709.000</td> </tr> <tr> <td>um 8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 11.973.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel für die Untertitel 3-5 dieses Titels („interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben“, „Muslimisches Engagement in NRW“ und „sonstige wesentliche integrationspolitische Vorhaben“) sind ersatzlos zu streichen. Beim sogenannten Muslimischen Engagement sind bisher keinerlei Erfolge zu verzeichnen. Insbesondere ist der bisherige Teilnehmerkreis, sprich die Teilnahme von islamistisch beeinflussten Verbänden, zu kritisieren. Im Bereich der interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben war die Landesregierung auf Nachfrage nicht in der Lage den Ausgaben einen Nutzen gegenüberzustellen. Im Rahmen der Antidiskriminierungsarbeit (Untertitel 1) sind erhebliche Doppelstrukturen vorhanden, die sich bei der aktuellen Haushaltslage nicht rechtfertigen lassen. Die Mittel sind von daher – bedingt durch die aktuelle politische Lage – im Wesentlichen auf die jüdischen Dachverbände zu konzentrieren.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 19.973.600 Euro	17.709.000	um 8.000.000 Euro		auf 11.973.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 19.973.600 Euro	17.709.000																				
um 8.000.000 Euro																					
auf 11.973.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2024</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>4.001.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.590.700</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.001.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Abgesehen von der bestehenden Meldestelle Antisemitismus, dem Projekt Quaz.Ruhr und der Salafismusprävention sind alle weiteren Maßnahmen aus diesem Titel, auch im Zuge notwendiger Einsparmaßnahmen, abzulehnen. Das gilt insbesondere für die 4 neuen und rechtlich sehr umstrittenen Meldestellen sowie für die geplante Vermischung der Salafismusprävention mit dem sogenannten „antimuslimischen Rassismus“ in diesem Titel. Dieser Begriff ist wissenschaftlich nicht eindeutig definiert. Teilweise wird die Meinung vertreten, dass es sich um ein Mittel des legalistischen Islam handelt, mit dem Ziel jegliche – also auch berechtigte und wissenschaftlich fundierte – Kritik am Islam bzw. am Islamismus zu unterdrücken. Für den Betrieb der Meldestelle Antisemitismus sieht die Landesregierung eine Förderung in Höhe von 310.000 Euro vor. Diese Mittel sind im Zuge der aktuellen politischen Lage temporär auf 500.000 Euro anzuheben. Diese Förderung soll zudem dauerhaft erhalten bleiben.</p>	2024		Ansatz lt. HH 2023	von	4.001.800 Euro	3.590.700	um	3.001.800 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024		Ansatz lt. HH 2023																							
von	4.001.800 Euro	3.590.700																							
um	3.001.800 Euro																								
auf	1.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

		Der restliche Betrag (500.000 Euro) ist für Maßnahmen im Bereich der Salafismus-Prävention (120.000 Euro) sowie für das Programm Quaz. Ruhr (380.000 Euro) vorgesehen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 518 01 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 36.023.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">28.856.700</td> </tr> <tr> <td>um 6.023.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wären die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 36.023.600 Euro	28.856.700	um 6.023.600 Euro		auf 30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 36.023.600 Euro	28.856.700																				
um 6.023.600 Euro																					
auf 30.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 519 03 Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2024</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 10.258.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">10.258.000</td> </tr> <tr> <td>um 7.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.258.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bedingt durch die angespannte Haushaltslage ist eine Reduktion auf unbedingt notwendige Maßnahmen erforderlich. Zudem kann die Landesregierung keine aktuell anstehenden Maßnahmen benennen.</p>	2024		Ansatz lt. HH 2023	von 10.258.000 Euro		10.258.000	um 7.000.000 Euro			auf 3.258.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024		Ansatz lt. HH 2023																							
von 10.258.000 Euro		10.258.000																							
um 7.000.000 Euro																									
auf 3.258.000 Euro																									
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 536 00 Rückführung und Rückführungsbegleitung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 17.824.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.824.500</td> </tr> <tr> <td>um 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 22.824.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: In NRW sind – unverändert zum Vorjahr – ca. 75.000 Menschen ausreisepflichtig. Zur Einhaltung des Ausländerrechts ist die Ausweisung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen unabdingbar. Da auf Landes- und Bundesebene Rückführungsinitiativen angekündigt wurden, sind die Haushaltsmittel dieses Titels entsprechend anzupassen.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 17.824.500 Euro	17.824.500	um 5.000.000 Euro		auf 22.824.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 17.824.500 Euro	17.824.500																				
um 5.000.000 Euro																					
auf 22.824.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 420.863.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">396.729.000</td> </tr> <tr> <td>um 70.863.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 350.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Wie aus dem „Letter of intent“ im Zusammenhang mit der geplanten ZUE Gladbeck hervorging, waren im Zuge der Betreuung und Verpflegung der untergebrachten Personen erhebliche Ausgaben vorgesehen. Die Rede war von einer Verpflegungspauschale in Höhe von 16 Euro je Person und Tag. Auch, wenn die Landesregierung zu den bestehenden Einrichtungen diesbezüglich keinen Angaben machen möchte, gehen wir von ähnlichen Kosten aus. Die Ausgaben liegen damit weit über dem Betrag, der Bürgergeldempfängern zusteht. Vor diesem Hintergrund sind die Pauschalen entsprechend zu reduzieren.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 420.863.000 Euro	396.729.000	um 70.863.000 Euro		auf 350.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 420.863.000 Euro	396.729.000																				
um 70.863.000 Euro																					
auf 350.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 18 Sächliche Verwaltungsausgaben für die zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2024</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>625.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">625.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>110.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>735.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die „Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung“ (ZFE NRW) ist bei Aufenthalten zum Zweck der Ausbildung sowie zum Zweck der Erwerbstätigkeit von großer Bedeutung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden bei der Visumserteilung unterstützt. Insbesondere die Gewinnung von hoch qualifizierten Fachkräften ist für den Industriestandort NRW von großer Bedeutung. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der MINT-Bereich. Ähnlich bedeutend ist beispielsweise das Handwerk. Viele Unternehmen haben große Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte. Um die Arbeit der ZFE NRW noch weiter optimieren zu können, sollen 2 zusätzliche Personalstellen eingerichtet werden.</p>	2024		Ansatz lt. HH 2023	von	625.000 Euro	625.000	um	110.000 Euro		auf	735.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024		Ansatz lt. HH 2023																							
von	625.000 Euro	625.000																							
um	110.000 Euro																								
auf	735.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 46.962.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">46.962.000</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 96.962.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden ZAB sowie für die räumliche Unterbringung des zusätzlichen Personals. Aufbau von 2 weiteren ZUE in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf. Federführende Übernahme weiterer Aufgaben wie z.B. aller Aktivitäten im Zusammenhang mit Rückführungen, die aktuell noch von den kommunalen Ausländerbehörden übernommen werden sowie insbesondere auch der sozialen Flüchtlingsberatung.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 46.962.000 Euro	46.962.000	um 50.000.000 Euro		auf 96.962.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 46.962.000 Euro	46.962.000																				
um 50.000.000 Euro																					
auf 96.962.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 418.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">418.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 418.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die freiwillige institutionellen Förderung des Flüchtlingsrats NRW ist einzustellen. Der Tätigkeitsbereich des Beschwerdebeauftragten der UfA Büren ist an den Beschwerdebeauftragten der Landesregierung für die Landesunterkünfte zu übertragen.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 418.100 Euro	418.000 Euro	um 418.100 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 418.100 Euro	418.000 Euro																				
um 418.100 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 35.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bei der Förderung der sozialen Beratung von Flüchtlingen handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Landes NRW. Die Tätigkeit ist federführend an die Zentralen Ausländerbehörden zu übertragen. In diesem Zusammenhang sind auf Landesseite potentielle Doppelstrukturen abzubauen. Dazu zählen beispielsweise auch bestehende Beratungsstrukturen auf kommunaler Ebene.</p>	2024	Ansatz lt. HH 2023	von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro	um 35.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p><i>Gegenläufig zu SPD-Antrag</i></p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro																				
um 35.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Die Erhöhung der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund der gestiegenen Zahlen Geflüchteter in 2023, die voraussichtlich auch in 2024 anhalten wird und der damit einhergehenden steigenden Beratungsnachfrage, unbedingt erforderlich. Zudem fordern wir die vom Ministerium angekündigte Dynamisierung der Mittel auch für diesen Titel, so dass Personalstellen angepasst und weiterfinanziert werden können. Die Träger der sozialen Beratung müssen darüber hinaus eine Finanzierungssicherheit von der Landesregierung erhalten, so dass die aktuelle Praxis einer fast sechsmonatigen Vorfinanzierung verhindert wird.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2024	von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro	um 10.000.000 Euro		auf 45.000.000 Euro		<p><i>Gegenläufig zu AfD-Antrag</i></p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	nein
HH 2023	Ansatz lt. HH 2024																				
von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro																				
um 10.000.000 Euro																					
auf 45.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 685 40 Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 8.350.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">12.339.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen ist mit ca. 75.000 auf einem unverändert hohen Niveau. Erfolgreiche Rückkehrprogramme, wie das Projekt „Ura“ für den Kosovo sind aus Haushaltsmitteln des Landes NRW auszubauen und auf andere Länder zu erweitern, insbesondere auf die Länder des Westbalkans und die Maghreb-Staaten. Neu aufgenommen werden sollte das Rückkehrprogramm Fit4Return, bei dem – vor der Rückkehr in die Heimat – ein praktische Ausbildung gefördert wird. Dabei geht es insbesondere um Tätigkeiten, die im Heimatland benötigt werden. (Vgl. Lt.-Drucksache 17/3021)</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 8.350.000 Euro	12.339.000 Euro	um 6.650.000 Euro		auf 15.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 8.350.000 Euro	12.339.000 Euro																				
um 6.650.000 Euro																					
auf 15.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

